

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 27.02. – 02.03.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Ja zu Griechenland und Euro – Trotz Merkels „Eiertanz“
2. Energiewende braucht Solarenergie
3. Ehrensold für Wulff – man kennt sich, man hilft sich
4. Regierungsversagen beim demografischen Wandel

Ja zu Griechenland und Europa – Trotz Merkels „Eiertanz“

Nach einer Sondersitzung der Fraktion, einer Sondersitzung des Parlaments zu den Ergebnissen der Eurogruppe (beim Treffen der Finanzminister der Euro-Staaten am 20./21. Februar wurde ein zweites Hilfspaket für Athen in Höhe von 130 Milliarden Euro bewilligt) und einer Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel haben wir über den Antrag des Bundesfinanzministeriums über Finanzhilfen zugunsten der Hellenischen Republik (Drucksachen 17/8730 und 17/8731) namentlich abgestimmt.

Schwarz-Gelb verpasste die Kanzlermehrheit. SPD und Grüne stimmten größtenteils mit Ja. Im Vorfeld war die absurde Situation entstanden, dass Merkel und Finanzminister Schäuble massiv für die Griechenland-Hilfe warben, während Innenminister Friedrich über den Ausstieg Griechenlands aus der Euro-Zone laut nachdachte. Unglaublich! Im eigenen Kabinett keine Einigkeit. Nach der Abstimmung stand dann auch fest: Die Kanzlermehrheit wurde verpasst und die Presse titelte „Merkels Götterdämmerung“.

In seiner Replik auf die Regierungserklärung belegte Peer Steinbrück das mangelhafte Krisenmanagement von Merkel. Das erste Griechenland-Programm von 2010 sei auf ganzer Linie gescheitert und daran trage auch die Bundesregierung eine Mitschuld. Merkel habe sich von Beginn an gescheut, mit offenen Karten zu spielen und den Menschen die Wahrheit über die dramatische Situation zu erzählen. Kurz zusammen gefasst könnte man sagen: „zu spät, zu wenig und vor allem zu ungefähr“.

Auch wenn das neue Hilfspaket zu spät kommt, ist es notwendig. Daher haben wir trotz Merkels „Eiertanz“ aus Gesamt-Verantwortung für Europa zugestimmt.

1. Aus Gründen der Solidarität

Alle Kritiker müssen sich fragen lassen, was würde eine Staatspleite für die Menschen bedeuten? Können wir wirklich verantworten, dass zum Beispiel die Armutsquote in Griechenland dramatisch steigen würde (Beispiel Argentinien von 13 auf 35 Prozent). Sind wir überhaupt vorbereitet und bereit diese Konsequenzen zu tragen? Der derzeitige Verkaufsschlager in Griechenland ist bereits ein „Hungerkochbuch“.

2. Aus Gründen der Ansteckungsgefahr

Welches verheerende Signal würden wir mit einem Nein den Finanzmärkten geben? Wenn wir es in Europa noch nicht einmal schaffen, dem kleinen Griechenland zu helfen, wäre die Botschaft: Europa hält nicht zusammen. Und damit wiederum wäre allen Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Es würde gegen weitere Länder gezockt und das Risiko der ökonomischen Ansteckung wäre dramatisch.

3. Aus Gründen der deutschen Volkswirtschaft

Erstmals ist in diesem Hilfspaket eine echte Privatsektorbeteiligung von 54 Prozent mit realen Verlusten vorgesehen. Ein Konkurs Griechenlands würde uns als Hauptgläubiger am härtesten treffen. Vorfinanzierte Exporte würden nicht bezahlt, neue Aufträge kämen nicht zustande.

Trotz unserer Zustimmung kritisieren wir Merkels Vorgehen. Griechenland darf nicht nur kaputt gespart werden. Vielmehr ist es wichtig, dass die Steuern in Griechenland endlich richtig eingezogen werden und mit Programmen Wachstumsimpulse für eine nachhaltige Entwicklung gegeben werden. Die Menschen brauchen „Licht am Horizont“. Unseren [Entschließungsantrag](#) fügen wir zu Eurer Kenntnis bei.

Energiewende braucht Solarenergie

In der letzten Ausgabe der „Aktuellen Hauptstadtinfos“ berichteten wir bereits über das **Regierungschaos in Sachen Energiewende**. Nun sorgen Röttgens und Röslers Pläne zur völlig unverhältnismäßigen Kürzung der Einspeisevergütung für Solarenergie erneut für Ungemach! Röslers ideologische Handschrift hat sich durchgesetzt und nun wird die Solarbranche attackiert. Damit werden die Energiewende und viele Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Seite an Seite mit der nordhessischen Solar-Branche und ihren Beschäftigten protestieren wir gegen die massiven Kürzungen der Einspeisevergütung. Am 23. Februar haben wir vor Ort bei SMA demonstriert und am kommenden Montag werden wir an der Großdemo der deutschlandweiten Solarbranche am Brandenburger Tor teilnehmen.



Gerade für unsere Region bedeutet Solarenergie wirtschaftlichen Aufschwung. Der Ausbau der Solarenergie nicht ausbremsen. Die konventionellen Stromerzeuger, wie RWE werden mit ihren riesigen Wind-Offshore-Anlagen hoch subventioniert und die durch kleinere Eigentümer geprägte

Solarenergie wird gekappt, obwohl Strom aus Sonne in Deutschland jetzt schon preisgünstiger ist als Strom aus Wind-Offshore. Es drängt sich der Verdacht auf, dass den Energie-Riesen nach dem Atomausstieg ein weiteres Bonbon geboten werden soll.

Aber weder wir noch die Solarbranche und auch die privaten Eigentümer von Solaranlagen lassen sich das gefallen! Das Ausmaß des Protestes war beeindruckend! Wir haben viele hunderte Zuschriften alleine in der letzten Woche aus unserer Region erhalten, in denen eine maßvolle und nicht übers Knie gebrochene Kürzung der Einspeisevergütung verlangt wird. **Nicht nur, dass bei der Zukunftstechnologie Solar hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen, Strom aus Photovoltaik-Anlagen wird häufig auch dezentral und nah beim Verbraucher erzeugt. Das lässt die Wertschöpfung in der Region und entlastet die Netze!**

Bereits heute ist Solarstrom nahe an der Wirtschaftlichkeit, aber für die nächsten Jahre ist noch eine Förderung über die Einspeisevergütung notwendig, damit eine Zukunftstechnologie nicht einfach den Bach runter geht. Solarenergie und Photovoltaik-Technologien sind wichtige Bausteine zum Gelingen der Energiewende. Jetzt auf einmal fast alles abwürgen zu wollen und die Förderung von PV-Großanlagen quasi zu zerschlagen, wäre mehr als kontraproduktiv.

Ehrensold für Wulff – man kennt sich, man hilft sich



Ausgerechnet ein langjähriger Wulff-Vertrauter im Bundespräsidialamt hat dem Alt-Bundespräsidenten eine „Sofort-Rente“ von rund 200.000 Euro im Jahr zugebilligt. Der Mann war bereits Chef der Staatskanzlei des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff. Diesen Ehrensold bekommt Christian Wulff lebenslang. Und vergessen werden darf auch nicht: Weitere 280.000 Euro für Limousine, Chauffeur und Mitarbeiter kommen pro Jahr noch dazu. Für 20 Monate Bundespräsident.

Zur Erklärung: Ehrensold bekommt der Bundespräsident mit dem regulären Ende seiner Amtszeit. Er bekommt es allerdings auch, wenn er aus politischen oder gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Amt scheidet. Ist der Rücktritt nun tatsächlich politisch zu begründen? Hier darf man ernsthafte Zweifel anmelden, wo nach diesem, dem Amt des Staatsoberhauptes unwürdigen Gezerre, politische Rücktrittsgründe zu finden sein sollen.

Zur Erinnerung: Christian Wulff ist vor zwei Wochen zurückgetreten, weil ihm seitens der Justiz staatsanwaltliche Ermittlungen drohten. Es ging und geht um den Verdacht der Vorteilsnahme beziehungsweise der Vorteilsgewährung. Der frühere Niedersächsische Ministerpräsident steht im Verdacht Vergünstigungen von befreundeten Unternehmern angenommen zu haben.

Die Alternative zu seinem Rücktritt war die Aufhebung der Immunität des Bundespräsidenten durch den Deutschen Bundestag. Ein bis dahin einmaliger Vorgang in unserem Land.

Wir meinen, eine Entscheidung über den Ehrensold hätte man zwingend aussetzen müssen, bis die gerade aufgenommenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Hannover abgeschlossen sind. Denn, was, wenn es hier am Ende zu einer Verurteilung Wulffs kommt? Dann kann der Ehrensold - nach unserer Meinung - nicht ausgezahlt werden.

Zudem hätte eine Entscheidung des Präsidialamtes nur unter dem Nachfolger von Wulff erfolgen können. Es war keine Eile geboten! Im übrigen: Christian Wulff hat in einem Interview am 21. Juni 2010 im ZDF zum Ehrensold folgendes erklärt: „Das wird man verändern müssen.“ Und dann weiter sinngemäß, man müsse finanzielle Abstriche machen. Also, Wulff selbst ist der festen Überzeugung, dass er den Ehrensold nicht annehmen sollte. Damals wörtlich: „Ich denke, da muss man ein Zeichen setzen“.

Regierungsversagen auch beim demografischen Wandel

Im Plenum stand in dieser Woche auch der demografische Wandel zur Diskussion. Ulrike Gottschalck verdeutlichte in ihrer **Rede**, dass die Bundesregierung auch bei diesem entscheidenden Zukunftsthema konzept- und planlos agiere und den „Schwarzen Peter“ auf die ohnehin schon überforderten Kommunen abwälze.

Fest steht: Wir werden weniger, älter und bunter. Aus diesen Fakten ergeben sich dringende Handlungsbedarfe und zwar für alle Lebensphasen. **Deshalb hat die SPD bereits vor über einem halben Jahr eine Große Anfrage an die CDU/CSU und FDP-Regierung gerichtet und nach Handlungskonzepten gefragt. Ergebnis: Fehlanzeige!** Während wir versuchen auf den unterschiedlichsten Gebieten wie dem Wohnungs- und Städtebau, der Mobilität (auch in ländlichen Regionen), der medizinischen Versorgung und vielen anderen Themenfeldern pragmatische Handlungskonzepte zu entwickeln, schiebt die Kanzlerin die Verantwortung einfach an die Kommunen ab.

Zwei Negativ-Beispiele:

- 1.) Die Regierung betont, sie wolle „sich auch in Zukunft um die Belange der benachteiligten Stadtteile kümmern und die Städte und Gemeinden darin unterstützen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu stärken“, kürzt aber das dafür so wichtige Programm „Soziale Stadt“ um 60 Prozent gegenüber 2010 zusammen!
- 2.) Die Bundesregierung bekennt: „Das Wohnen im Alter ist und bleibt ein Schwerpunkt der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik“. Wenige Sätze weiter feiert sie das Programm „Altersgerecht Umbauen“, das – man höre und staune- nicht mit neuen Haushaltsmitteln unterlegt wurde und ausgelaufen ist!

Die Liste ließe sich fortsetzen. Der Gipfel der Ignoranz ist jedoch die Aussage, dass die Kommunen durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund finanzielle Spielräume hätten, die sie für die Gestaltung des demografischen Wandels nutzen könnten. Zudem würden die Haushalte der Kommunen durch den demografischen Wandel weniger belastet und man würde sogar Einsparpotenzial sehen! **Nun: wer mit „Wachstumsbeschleunigungsgesetzen“ seine Klientel hofiert und die Kommunen belastet, von dem darf man offensichtlich auch bei der Zukunftsfrage Demografie keine kommunalverträglichen Antworten erwarten!**

Unser Tipp:

- Unter Schirmherrschaft der Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Anette Schavan prämiert der Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ Projekte und Initiativen, die die besten Bildungsideen für Deutschland haben! Bewerbungsunterlagen erhalten Sie bei uns oder unter www.bildungsideen.de.

Glückwunsch an Joachim Gauck zu seiner Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten!

In dieser ereignisreichen Woche diskutierten wir in der Fraktion auch ausführlich mit Joachim Gauck. Außer Freiheit und Demokratie will er als Botschafter für das Vertrauen in die eigenen Kräfte wirken. Unser Land sei häufig zu sehr von Ängsten gebeutelt, er möchte Potentiale wecken, die in uns stecken.

Sigmar Gabriel verabschiedete Joachim Gauck mit den Worten „Wir wünschen Ihnen, dass Sie sich nicht als glatter Kieselstein schleifen lassen. Bleiben Sie so wie sie sind, manchmal auch unbequem.“

Wir freuen uns darauf, Joachim Gauck in der Bundesversammlung am 18. März zum 11. Bundespräsidenten wählen zu dürfen. Wir sind sicher, dass der Bürgerrechtler und Pfarrer dem Präsidentenamt Ehre und Würde zurückgeben wird.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia